

VOSSISCHE ZEITUNG
WOCHEN-AUSGABE
VERLAG ULLSTEIN
BERLIN ULLSTEINHAUS

Nr. 39

Berlin, Sonnabend, den 27. September 1924

30 Pfennig

Das aufbauende Prinzip

Weltverkehr, Weltwirtschaft

Der enge Zusammenhang der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in den verschiedenen Ländern tritt immer deutlicher zutage.

Nach dem Weltkrieg, den um die vorletzte Jahrhundertwende die französische Revolution entfesselt hatte, versuchte die „Heilige Allianz“ ebenfalls ein ordnendes Prinzip zu schaffen, dessen Allgemeingültigkeit durch die Grossmächte verkündet und nötigenfalls mit Waffengewalt durchgesetzt wurde. Es war das Prinzip der „Legitimität“, das die in Wien geschaffene Weltordnung für unantastbar erklärte und jeden Versuch einer Änderung als Gefährdung des Weltfriedens brandmarkte. Innere und äussere Politik wurden in den Dienst dieser „erhaltenden“ Grundsätze gestellt, und der Kampf gegen wirkliche oder vermeintliche „revolutionäre Umtriebe“ galt als die Hauptaufgabe der Staatsmänner jener Epoche, die in Deutschland und Oesterreich bis zum Jahre 1848 aufrechterhalten wurde, nachdem sie im Westen schon durch die Julirevolution und ihre Nachwirkungen zerbrochen war.

Der Unterschied gegen die damalige Zeit liegt darin begründet, dass es heute nicht ein künstliches Prinzip ist, in dessen Namen „Obrigkeiten“ von Gottes Gnaden die Weltenrichten spielen. Was heute mit wachsender Klarheit zutage tritt, ist vielmehr die Erkenntnis, dass die Entwicklung des Weltverkehrs, der Weltwirtschaft und der Weltmacht notwendig zur Zusammenfassung und Vereinigung drängt, wenn nicht eine neue, diesmal endgültige Katastrophe alles, was von Menschenhand geschaffen worden ist, vernichten soll. Das „erhaltende“ Prinzip, für das heute die Macht der Demokratie und die Organisationskraft der besten Geister eingesetzt wird, will das künftige Leben „erhalten“, nicht die Ruinen der Vergangenheit konservieren. Die neue Ordnung, um die gerungen wird, soll auf evolutionärem Weg den revolutionären Zusammenbruch verhindern, der in den Formen äusserer und innerer Kriege sich zu vollziehen droht.

Es muss ein friedlicher Weltkampf sein

Wenn man diesen Zusammenhang erkennt, so ergibt sich, dass für die deutsche Politik alle Parteifragen zurücktreten müssen hinter die Notwendigkeit, in diesem weltgeschichtlichen Prozess, der zwischen den Kräften der Zerstörung und den Kräften der Erhaltung ausgefochten wird, klar und entschieden im Sinne der Erhaltung Partei zu ergreifen. Deutschland, ein Land der Mitte, arm an Bodenschätzen, reich nur durch den Fleiss seiner Bewohner, ist eines ehrenvollen Platzes in einer bernünftigen Welt sicher. Seine durch das Feuer der Not gehärtete nationale Gemeinschaft, deren Grenzen, kraft des demokratischen Selbstbestimmungsrechts, ihre endgültige Gestalt erfahren werden, wird im friedlichen Wettbewerb stets eine bedeutsame, ja führende Rolle spielen. In einer Welt aber, in der neue Kriege vorbereitet werden, müsste das entwaffnete Deutschland zum Schlachtfeld werden und damit für Jahrzehnte, ja vielleicht für alle Zeiten, zu einer menschenleeren Steppe.

Reichskanzler Marx hat sich mit einer Klarheit und Entschiedenheit, die den besten Eindruck machen muss, für diese erhaltende Politik eingesetzt. Er hat mit der schlichten Aufrichtigkeit und Gläubigkeit, die sein Wesen auszeichnet, die Politik von London eingeleitet, und er ist auch bereit, das Ansehen, das er im Inland wie im Ausland erworben hat, für ihre Fortsetzung einzusetzen. Bei den Nachwahlen in Oberschlesien hat seine Partei einen glänzenden Triumph gefeiert. Während die extremen Gruppen, Kommunisten und Deutschvölkische, einen Zusammenbruch erlebten, die sie fast der Hälfte ihrer Anhänger beraubte, hat das ober-schlesische Zentrum seinen Einfluss so bedeutend gesteigert, dass es nahezu die Hälfte aller abgegebenen Stimmen erhielt. Mögen

auch örtliche Verhältnisse mitspielen, so hat sich doch vor allem wieder einmal gezeigt, dass eine klare Politik alle Rückschläge überwindet und auf die Dauer auch den äusseren Erfolg an sich fesselt. Der Führer im Wahlkampf war der frühere Reichskanzler Dr. Wirth, der sich mit der grössten Entschiedenheit und bei jeder Gelegenheit gegen den Bürgerblock-Gedanken ausgesprochen hat.

Deutsch-Unnational

Tatsächlich kann die in London eingeleitete Politik, die allein Deutschland retten kann, mit Aufrichtigkeit nur betrieben werden unter der Führung und in dem Geiste von Persönlichkeiten wie Marx und Wirth. Wenn die Deutschnationale Volkspartei als „Belohnung“ für die teilweise Zustimmung eines Teils ihrer Reichstagsfraktion zu dem Abkommen von London „die Führung“ in der Reichsregierung verlangt, so muss gesagt werden, dass es einer gesunden Auffassung von vornherein widerstrebt, wenn Abstimmungen, in denen nur die gewissenhafte Erwägung des nationalen Interesses massgebend sein sollte, zum Gegenstand machtpolitischer Abmachungen zwischen einzelnen Parteigruppen gemacht werden. Mögen die Anhänger solcher Parteien sich die Frage vorlegen, ob sie weiterhin Vertrauen zu Vertretern haben können, die in Schicksalsfragen ja und nein zugleich zu sagen bereit sind, und schliesslich nach der Seite fallen, die ihnen und ihren Freunden die meisten Vorteile verspricht. Aber nicht nur diese Anhänger, sondern das ganze deutsche Volk geht die Frage an, ob eine führende Beteiligung der Deutschnationalen Volkspartei — so wie sie heute ist und wie sie sich unter dem Druck ihrer demagogisch verhetzten und von einer gewissenlosen Presse missleiteten Anhänger in den letzten Wochen äusserlich dargestellt hat — irgendwie vereinbar ist mit einer zielklaren Fortsetzung der Politik, wie sie der Reichskanzler Marx eingeschlagen und proklamiert hat. Diese Frage aufzuwerfen, heisst sie verneinen. Gleichgültig, ob man das bedauert oder begrüss.

Für den Eintritt in den Völkerbund

Schon jetzt hat sich bei der Entscheidung, ob Deutschland seine Aufnahme in den Völkerbund beantragen soll, vorübergehend eine gewisse Unsicherheit geltend gemacht. Um so mehr ist es zu begrüssen, dass schliesslich nach der Rückkehr des Reichskanzlers und des Aussenministers aus dem Urlaub einstimmig der prinzipielle Entschluss gefasst wurde, den alsbaldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu betreiben. In der offiziellen Mitteilung über den Kabinettsbeschluss hiess es wörtlich:

„Nach eingehender Erörterung der Frage des Beitrittes Deutschlands zum Völkerbunde ergab sich Einmütigkeit darüber, dass die Reichsregierung den alsbaldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erstrebt. Sie geht dabei von der Erwägung aus, dass die vom Völkerbund behandelten Fragen, insbesondere des Schutzes der Minderheiten, der Regelung der Verhältnisse des Saargebietes und die Frage der allgemeinen Abrüstung in Verbindung mit der Durchführung der Militärkontrolle sowie die ihrer Lösung harrende grosse Frage der Sicherung friedlichen Zusammenarbeitens der Völker nur unter Mitwirkung Deutschlands in befriedigender Weise geregelt werden könne. Selbstverständlich kann Deutschlands Mitwirkung nur die einer gleichberechtigten Hauptmacht sein. Nachdem die auf der Londoner Konferenz erzielte Lösung der Reparationsfrage nach Auffassung der hauptsächlich beteiligten Mächte den Weg zu einer aktiven Lösung der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund für die Reichsregierung eröffnet hatte, sind im Anschluss an die Konferenzverhandlungen Besprechungen in diesem Sinne aufgenommen worden. Das Ergebnis dieser Sondierungen bildet eine wesentliche Grundlage für die heutige Entschliessung der Reichsregierung. In Ausführung dieser Entschliessung wird die Reichsregierung durch das Auswärtige Amt bei den im Völkerbundsrat vertretenen Mächten abschliessend feststellen, ob die für die Stellung des deutschen Antrages erforderlichen Garantien, die sich sowohl auf Deutschlands Stellung im Völkerbund wie auf bestimmte andere hiermit untrennbar zusammenhängende Fragen beziehen, gewährleistet werden.“

An der Bereitschaft der übrigen Mächte, Deutschlands Eintritt zu erleichtern, kann nicht gezweifelt werden. Allerdings geben die for-

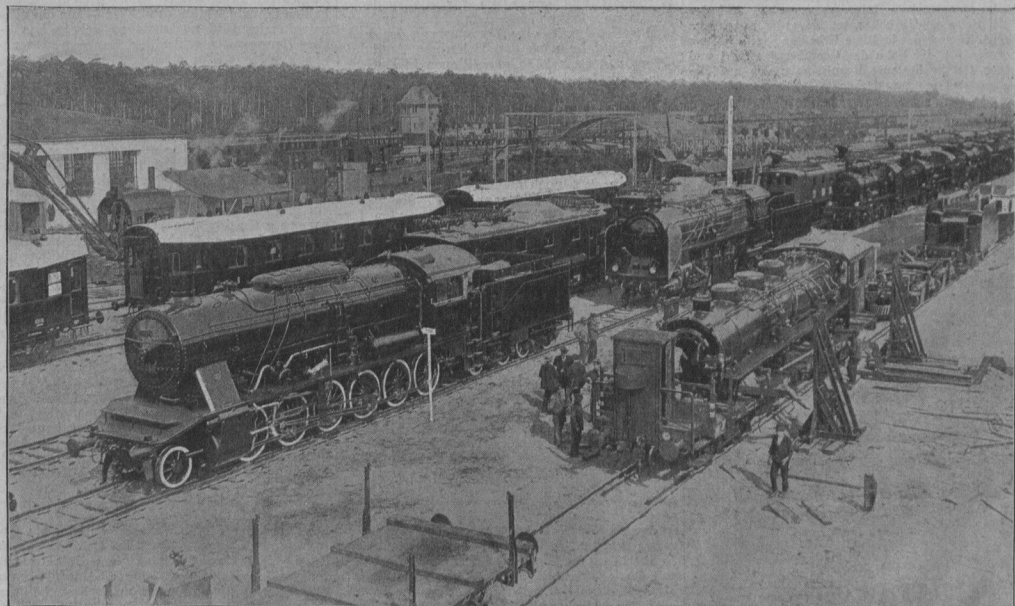
malen Fragen einen weiten Spielraum für Verzögerungen, die den Gewaltpolitikern in den verschiedenen Ländern willkommen sein werden.

„Der Krieg ist verboten“

Inzwischen sind die Kommissionsarbeiten in Genf, die der weltumstürzenden Frage gelten, wie Kriege zu vermeiden seien, zu einem gewissen Abschluss gelangt. Es soll der Versuch gemacht werden, an die Spitze des neuen Völkerrechts den Satz zu stellen: Der Krieg ist verboten. Bei den Erörterungen über die Frage, wer den Weltkrieg von 1914 „verschuldet“ habe, vergisst man, dass bis jetzt der Krieg als solcher nicht nur nicht verboten, sondern geradezu erlaubt und legitim war. Dieses Verhältnis soll jetzt grundlegend geändert werden. Im Verhältnis der Staaten zueinander soll der Angreifer in ähnlicher Weise verurteilt werden, wie im Mittelalter der Rechtsbrecher in den einzelnen Ländern, bevor noch die Staatsgewalt stark genug war, das gleiche Recht für Starke und Schwache ohne solche ausserordentlichen Mittel durchzusetzen. Dass mit der blossen Schaffung neuer völkerrechtlicher Begriffe das goldene Zeitalter noch lange nicht begründet ist, braucht nicht erörtert zu werden. Aber die sogenannten „Realpolitiker“, die mit dem Begriff Krieg eine Vorstellung verbinden, die nichts von Wirklichkeit an sich hat, hätten erst dann das Recht zur Kritik und zum Spott, wenn sie selbst ausser der sinnlos gewordenen Wiederholung missverständlicher Aussprüche aus vergangener Zeit einen Plan vorzulegen hätten, der besser geeignet wäre, das Leben der Gegenwart und der Zukunft vor der Vernichtung zu schützen.

Wie war's vor einem Jahr?

Dass der Weg, den die Reichsregierung eingeschlagen hat, bereits eine wesentliche Erleichterung und Besserung der allgemeinen Lage herbeigeführt hat, zeigt ein Vergleich mit den Verhältnissen vor Jahresfrist. Wer dankt heute noch daran, dass damals alles verloren schien. Die Monate September, Oktober und November brachten den Höhepunkt des Währungsens und zugleich den Entschluss, um jeden Preis die Sanierung zu versuchen. Der



Deutscher technischer Fortschritt im Rahmen einer Ausstellung: Die vom Verein Deutscher Ingenieure in Verbindung mit der Reichsbahn veranstaltete Eisenbahntechnische Ausstellung in Seddin unweit Potsdam, über die auf Seite 7 näheres mitgeteilt wird. Unser Bild zeigt Riesenlokomotiven neuester Konstruktion. Phot. Harlemann.